

DÄNEMARK

Gewerkschaftsmonitor

September 2021

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks war erst etwas mehr als ein halbes Jahr in der Regierungsverantwortung, als sie gezwungen wurde all ihr politisches Handeln auf die Bewältigung der Corona-Pandemie auszurichten. Die Sozialdemokraten hatten mit 25,9 Prozent zwar nur ein Wahlergebnis auf dem Niveau von 2015 erzielt, aber dank der deutlichen Nettostimmengewinne der kleineren linken Parteien, der *Socialistisk Folkeparti*, *Enhedslisten – De Rød-Grønne* und *Radikale Venstre*, gelang es ihnen im Juni 2019 eine Minderheitsregierung zu bilden. Die bisher amtierende konservativ-liberale Minderheitsregierung hatte zwar ein verbessertes Wahlergebnis erzielt, aber die sie unterstützende einwanderungskritische Dänische Volkspartei war von 21,1 Prozent auf 8,7 Prozent abgestürzt. In Dänemark herrscht der so genannte »negative Parlamentarismus«, wonach diejenigen regieren, die keine Mehrheit gegen sich haben. Das Wahlergebnis bestätigte einen sich bereits in den öffentlichen Umfragen vorab ankündigenden historischen Präferenzwandel: erstmals lagen Klima- und Umweltpolitik auf Rang eins, gefolgt von Renten- und Gesundheitspolitik, während der bisherige Spitzenreiter Einwanderungs- und Integrationspolitik nur noch auf Platz drei lag.

Die Minderheitsregierung von Ministerpräsidentin Mette Frederiksen sitzt gegenwärtig fest im Sattel. Aufgrund des von der Bevölkerung als weitgehend gut bewerteten Corona-Krisenmanagement konnten die Sozialdemokraten ihre Zustimmungswerte auf bis zu 31,8 Prozent ausbauen. Der »Rote Block« verfügt insgesamt über eine deutliche Mehrheit von 56,3 Prozent. Die vormalige Regierungspartei *Venstre* erhält nach internen Streitigkeiten und dem anschließenden Austritt ihres ehemaligen Parteivorsitzenden und Regierungschefs Lars Løkke Rasmussen – der mit einer eigenen Partei bei den nächsten Folketing-Wahlen antreten will – mit 11,8 Prozent gegenwärtig nur die Hälfte früherer Zustimmungswerte. Von der *Venstre*-Spaltung profitierend, ist es aus dem Lager des

»Blauen Blocks« einzig den Konservativen gelungen ihren Zustimmungswert mit jetzt 13,4 Prozent zu verdoppeln. Die Dänische Volkspartei ist noch weiter, auf 5,9 Prozent, abgesunken und versucht nun Zustimmung zurückzugewinnen, indem man sich als Verteidiger der kulturellen Identität inszeniert.

Die Sozialdemokraten waren vor allem mit dem Versprechen, die Sozialpolitik wieder an erster Stelle zu setzen (»sætte velfærd først«), sowie Dänemark zur »grünen Großmacht« machen zu wollen, in den Wahlkampf gezogen. Direkt nach der Regierungsübernahme erklärten die Sozialdemokraten, dass man sich mit der *Socialistisk Folkeparti* und *Enhedslisten – De Rød-Grønne* darauf geeinigt habe, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 70 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 1990 zu reduzieren. Bereits tags darauf musste die Regierung jedoch eingestehen, dass der finanzielle Spielraum hierzu aufgrund der im Wahlkampf gemachten Wohlfahrtsversprechen nicht vorhanden sei. Das Geld für den angekündigte »grüne Zukunftsfond« in Höhe von 25 Milliarden DKK (3,35 Milliarden Euro) zur Förderung von umweltfreundlichen Technologien müsse anderweitig beschafft werden. An dem Ziel wolle man aber nichtsdestotrotz festhalten. Einen entscheidenden Sieg auf diesem Weg konnten die Sozialdemokraten im Dezember 2019 erzielen, als das von ihnen eingebrachte Klimagesetz im Parlament parteiübergreifend – nur die Liberale Allianz und die Neuen Bürgerlichen stimmten dagegen – beschlossen wurde. Mit ihm werden alle zukünftige Regierungen zur Minderung des Treibhausgasausstoßes in genanntem Umfang gesetzlich verpflichtet. Die Regierung hat zukünftig dem Parlament jährlich einen Bericht über die konkreten Maßnahmen zur Dekarbonisierung aller Wirtschaftszweige sowie alle fünf Jahre eine rechtsverbindliche Klimastrategie vorzulegen, in der ein 10-Jahres-Ausblick skizziert wird.

Im Mai 2020 stellte die Regierung ihren ersten Klima-Handlungsplan vor, dessen Kernstück im Bau je einer künstlichen Energieinsel in Nord- und Ostsee besteht. Die hier entstehenden Windkraftanlagen sollen zunächst jeweils 2 Gigawatt Strom erzeugen, langfristig werden 10 Gigawatt angestrebt. Mit dem Strom soll u.a. klimafreundlicher Wasserstoff ge-

wonnen werden, der fossile Treibstoffe ersetzen soll. Des Weiteren soll die Anschaffung von Wärmepumpen mit bis zu 25 000 DKK (3 350 Euro) bezuschusst und die Fernwärmeversorgung ausgebaut werden, während die Abgaben für Erdgas- und Öleinsatz steigen. Während vor allem die Förderung besserer Isolierung von Häusern und Wohnungen sowie die stärkere Windkraftnutzung begrüßt wurden, erhielt der Handlungsplan Kritik dafür, dass er kein Konzept für den Transportsektor enthalte. Die Regierung hob hervor, dass der Handlungsplan zeige, dass Klimapolitik trotz der herrschenden Corona-Pandemie hohe Priorität habe bzw. diese als zentral für die wirtschaftliche Erholung betrachtet wird.

Im Oktober 2020 erklärte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen 10 Milliarden DKK (1,3 Milliarden Euro) in neue Klimaschutzinitiativen zu investieren. Die Mittel hierzu stammen größtenteils aus dem zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie von der EU beschlossenen Wiederaufbaufond. Sie reagierte damit auf einen Aufruf von 139 dänischen Wirtschaftsführern, Wissenschaftlern und Politiker, die der Regierung Untätigkeit vorwarfen. Die Investitionen sollen gezielt in neue Technologien wie Kohlenstoffabscheidung, grüner Wasserstoff, nachhaltige Landwirtschaft und Kunststoffrecycling gehen. Im November 2020 gab zudem der Dachverband der dänischen Pensionsfonds IPD bekannt, dass das im September 2019 von Mette Frederiksen bei der UN-Klimakonferenz in New York ausgegebene Ziel, bis 2050 insgesamt 380 Milliarden DKK (45 Milliarden Euro) in »grüne« Projekte zu investieren, voraussichtlich bereits drei Jahre früher als vorgesehen erreicht wird. Bereits im ersten Jahr sind trotz der durch die Corona-Pandemie verursachten Unsicherheiten bereits 50 Milliarden DKK (6,7 Milliarden Euro) investiert worden.

Neben der ambitionierten Klima- und Umweltpolitik hatten sich die Sozialdemokraten im Wahlkampf vor allem eine Stärkung des Wohlfahrtsstaates propagiert. Besonders die von den Gewerkschaften unterstützte Kampagne »Jetzt ist Arne dran« (einem Brauereiarbeiter, der seit seinem 16 Lebensjahr arbeitet), die eine Erleichterung des Renteneintritts für körperlich stark beanspruchende Berufe forderte, erhielt öffentlich viel Zuspruch. Da jedoch die Mehrheit der Parteien im Folketing gegen eine entsprechende Gesetzesänderung sind, lediglich die *Socialistisk Folkeparti* und *Radikale Venstre* unterstützen das Vorhaben, konnten die Sozialdemokraten ihr Wahlversprechen nicht einlösen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern konnte die dänische Wirtschaft die Corona-Pandemie ziemlich gut überstehen. Dies liegt vor allem daran, dass die Ausbreitung des Coronavirus in Dänemark weitgehend unter Kontrolle gehalten werden konnte. Zunächst führte jedoch der im März 2020 verhängte landesweite umfangreiche Lockdown zu einem wirtschaftlichen Einbruch, der in seinem Umfang und Tempo stärker war als während der Finanzkrise 2008. Im ersten Halbjahr verzeichnet das BIP einen Rückgang von rund 4,5 Prozent. Die Restriktionen wurden im Sommer 2020 wieder gelockert, um

die hohen Kosten der von der Regierung zur Sicherung von Arbeitsplätzen eingerichteten Lohnkostenübernahme zu mildern, auch weil von der dänischen Wirtschaft erheblicher Druck auf die Regierung ausgeübt wurde. In Folge kam es zu einer leichten Erholung der Wirtschaft, aber aufgrund steigender Infektionszahlen mussten die Restriktionen im Herbst wieder verschärft werden. Mit der Aussicht auf die baldige Verfügbarkeit von Impfstoffen wurde im Dezember 2020 für 2021 eine deutliche wirtschaftliche Erholung prognostiziert. Auch wenn die gemachte Prognose von 2,8 Prozent BIP-Wachstum im Mai 2021 auf 2,4 Prozent abgesenkt wurde, so wird aufgrund der schnellen Erholung der Wirtschaft in 2022 bereits mit einem Wachstum von 3,6 Prozent gerechnet.

Dass Dänemark die Corona-Pandemie wirtschaftlich verhältnismäßig gut gemeistert hat, liegt neben der geringen Verbreitung des Virus vor allem an den Maßnahmen zur Stützung des privaten Konsums. Die für die dänische Wirtschaft so wichtigen Exporte gingen im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund sieben Prozent zurück. Insbesondere die Exporte von Dienstleistungen gingen zurück, während sich der Export von Waren vor allem dank des Rekordumsatzes mit pharmazeutischen Produkten etwas besser behauptete. Zur Unterstützung des privaten Konsums hat das dänische Parlaments mit breiter Mehrheit im Juni 2020 ein Wiederherstellungspaket verabschiedet. Dies beinhaltete, dass Personen, die im April Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosengeld, Studentenstipendien oder staatliche Rente) erhalten hatten, eine steuerfreie einmalige Zahlung in Höhe von 1 000 Kronen (rund 135 Euro) erhielten. Zudem ermöglichte es Arbeitnehmer_innen, sich von Anfang September 2019 bis Ende März 2020 erworbenes Urlaubsgeld auszahlen zu lassen. Es wird angenommen, dass die dänischen Haushalte somit rund 40 Milliarden Kronen (rund 5,4 Milliarden Euro) erhielten, was fast vier Prozent des jährlichen Haushaltsverbrauchs entspricht. Des Weiteren erhielten rund 800 000 Hausbesitzende im Zuge einer neuen Immobilienbewertung eine Rückerstattung der überbezahlten Grundsteuer in Höhe von rund 13 Milliarden Kronen (rund 1,7 Milliarden Euro).

Da die dänische Krone mit dem Wechselkursmechanismus II seit 2013 an den EURO gebunden ist, hat die sozialdemokratische Regierung keine Möglichkeit mehr den Export, wovon 40 Prozent in den EURO-Raum gehen, geldmarktpolitisch zu stimulieren. Ungeachtet dessen, war aber der finanzielle Spielraum der Regierung die ökonomischen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern vergleichsweise gut, da sich die Steuereinnahmen seit 2016 deutlich erhöht haben und die Staatsverschuldung stark abgebaut wurde. Im 1. Quartal 2019 hatte die öffentliche Hand mit 111,4 Milliarden DKK (14,9 Milliarden Euro) 3,2 Milliarden DKK (430 Millionen Euro) mehr bei den Einkommenssteuern als im Vergleichszeitraum 2018 eingenommen. Im 1. Quartal 2019 waren die öffentlichen Finanzen mit 7,2 Milliarden DKK (965 Millionen Euro) im Plus. Während die Staatsverschuldung im Zuge der Finanzkrise von 2008 auf bis zu 46 Prozent des BIP angestiegen war, lag sie Ende 2019 bei lediglich 32,9 Prozent. Aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie wird bis 2024 mit einem Anstieg der Staatsverschuldung auf rund 38 Prozent gerechnet.

In den letzten Jahren konnten die abhängig Beschäftigten in Dänemark einen durchschnittlichen Lohnzuwachs von 2,5 Prozent verzeichnen. Die niedrige Inflationsrate von 0,5 Prozent bedeutet eine Realloohnerhöhung für die privaten Haushaltseinkommen. Insgesamt sind die Netto-Löhne zwischen 2009 und 2018 bei den Männern um 17,9 Prozent und bei den Frauen um 18,6 Prozent gestiegen. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen betrug 2017 im privaten Sektor noch 14,7 Prozent, im öffentlichen Sektor verdienten Frauen sechs Prozent weniger als Männer. Jedoch ist im öffentlichen Sektor seit 2014 eine deutliche Verringerung des Gender Pay Gaps zu verzeichnen. Auch wenn Dänemark bei den Einkommensunterschieden unter den OECD-Ländern den dritten Platz hinter Island und Norwegen einnimmt, so haben sie ungeachtet dessen jedoch seit 2010 deutlich zugenommen. Dies wird in erster Linie auf die Wertsteigerung von Immobilien sowie der an die Entwicklung der Aktienkurse gekoppelten Pensionsguthaben zurückgeführt. Nach Berechnungen des gewerkschaftsnahen Wirtschaftsinstitut AE, konnten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung seit der Finanzkrise von 2008 ihr Einkommen um 18 Prozent steigern, während 40 Prozent am unteren Ende der Skala nur ein Plus von zwei Prozent verzeichneten.

Während die öffentliche Verschuldung in den letzten Jahren in Folge wohlfahrtsstaatlicher Reformen und steigender Staatseinnahmen deutlich zurückgeführt wurde, ist die Verschuldung der privaten Haushalte – wenn auch in den letzten Jahren rückläufig – im europäischen Vergleich verhältnismäßig hoch. Dies liegt u. a. darin begründet, dass vom Staat die Bereitstellung günstigen öffentlichen Wohnraums zurückgebaut wurde. Nach einem Höchststand 2009 von 143 Prozent des BIP, lag die private Verschuldung 2019 weiterhin bei schätzungsweise 113,5 Prozent. Damit waren die Schulden der dänischen Haushalte 2019 noch 2,4-mal höher als das verfügbare Bruttoeinkommen. Bei den Nettovermögen, der Differenz zwischen dem Haushaltsvermögen und der Verschuldung, liegen die dänischen Haushalte dagegen im Einklang mit den meisten Nachbarländern und anderen hochentwickelten Volkswirtschaften. Dies liegt daran, dass die von den Haushalten gehaltenen Vermögen – Immobilien, Aktien, Bankeinlagen, Rentensparnisse usw. – in den letzten 15–20 Jahren deutlich gestiegen sind. In Folge der Corona-Pandemie sind die Hauspreise um 9,2 Prozent, die Wohnungspreise um 11,7 Prozent und die Preise für Ferienhäuser um 12,7 Prozent gestiegen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist es in Dänemark relativ einfach und kostengünstig Kredite aufzunehmen, indem die eigene Immobilie als Sicherheit verwendet wird. Die Entwicklung neuer Darlehnsarten, wie z. B. Hypothekenkredite mit anpassbaren Zinssätzen und aufschiebbaren Tilgungen, hat zu einer erhöhten Nachfrage nach Immobilien geführt, was wiederum den Immobilienbesitzern mehr Spielraum für die Aufnahme von Schulden eröffnete. Zudem verfügen die dänischen Haushalte im Unterschied zu den meisten Ländern über ein sehr hohes Renteneinkommen. Infolgedessen besteht kaum die Neigung zum Renteneintritt schuldenfrei zu sein. Nichtsdestotrotz haben die privaten Haushalte aber das Niedrigzinsumfeld der letzten Jahre genutzt, um ihre bestehenden Schulden abzutragen. Im Verhältnis zu anderen EU-Ländern schätzen die Dänen ge-

mäß einer Eurofound-Umfrage von April 2020 ihre ökonomische Situation weiterhin als gut ein. Nur 11,5 Prozent geben an, dass sich ihre ökonomische Situation verschlechtert hat, während dies in der BRD 31 Prozent und im EU-Durchschnitt 38,5 Prozent tun.

Dänemark hat mit rund 78 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung eine der höchsten Beschäftigungsquoten in Europa. Auffällig ist hier vor allem auch die hohe Quote der Frauen von rund 74 Prozent. Grundlage hierfür ist das von der sozialdemokratischen Regierung Anfang der 1990er Jahre eingeführte »Flexicurity«-System: das System basiert auf einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die individuelle Verantwortung und Pflichten mit zielgerichteter Unterstützung und großzügigen Sozialleistungen kombiniert. Der dänische Arbeitsmarkt gilt heute als einer der flexibelsten unter den OECD-Ländern. Trotz eines im internationalen Vergleich sehr geringen Kündigungsschutzes und relativ geringer Dauer von Arbeitsverhältnissen, ist die Sorge vor Arbeitsplatzverlust unter den Dänen sehr gering, da das System relativ hohe Lohnersatzleistungen vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit bereitstellt. Mit Besorgnis sehen die Gewerkschaften allerdings, dass die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von anfänglich vier Jahren heute nur noch bei zwei Jahren liegt. Zudem ist in ihren Augen das Arbeitslosengeld zu gering bemessen, da es nur teilweise an die Lohnentwicklung angepasst wurde.

Während die Arbeitslosigkeit in Folge der Einführung des »Flexicurity«-Systems von rund zehn Prozent auf rund 2,5 Prozent gesunken war, stieg sie in der Folge der Finanzkrise von 2008 wieder auf rund 7 Prozent an. Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie war die Arbeitslosigkeit auf 4,1 Prozent gesunken, dem niedrigsten Wert unter den nordischen EU-Mitgliedsstaaten. In 2019 hatten es sogar 80 000 Menschen mehr in den Arbeitsmarkt geschafft, was sich allerdings nicht positiv in der Arbeitslosenstatistik niederschlug, da sich auch die Zahl der Arbeitssuchenden erhöht hatte. Auch wenn von der Regierung in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern ein großzügiges Gehaltsentschädigungskonzept aufgelegt wurde, ist die Arbeitslosigkeit in Folge der Corona-Pandemie trotzdem deutlich angestiegen. Innerhalb der ersten beiden Monate war die Zahl der Arbeitssuchenden auf 152 000 Personen angestiegen, was einer Quote von 5,1 Prozent entsprach. Im 4. Quartal 2020 war sie bis auf 5,9 Prozent angestiegen. Im Februar bis März 2021 sank die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt auf 128 600 Personen, was einer Arbeitslosenquote von 4,5 Prozent entspricht. Trotz des positiven Trends zeigt sich aber, dass nicht alle Branchen die Arbeitsplatzverluste gleichermaßen ausgleichen können. So konnte in Reisebüros, Reinigungsbranche und anderen Servicebereichen nur knapp die Hälfte der dort 10 000 gestrichenen Jobs neu geschaffen werden. Von 29 000 verlorenen Stellen in der Sparte Hotels und Restaurants sind 20 000 wieder geschaffen worden. In Kultur und Freizeit sind von 11 000 verlorenen Stellen nur 8 000 wieder geschaffen worden. Lediglich in der Industrie ist die Beschäftigtenzahl seit Beginn der Krise mit 303 000 Personen auf fast unverändertem Niveau geblieben. Als beunruhigend wird betrachtet, dass trotz umfassender Bemühungen jüngere Menschen zu beruflichen Ausbildungen oder einem Studium zu bewegen, in den Altersgruppen

15 bis 24 bzw. 25 bis 34 Jahre die Beschäftigungslosigkeit um 2,2 und 2,5 Prozentpunkte auf zuletzt 13,2 und 9,6 Prozent gestiegen ist.

Unabhängig von den aktuellen Ereignissen, ist auch in Dänemark als Folge des demografischen Wandels sowie der restriktiven Einwanderungspolitik seit längerem ein zunehmender Mangel an qualifizierten Arbeitnehmenden zu konstatieren. Dänische Unternehmen sind daher sehr daran interessiert ältere Mitarbeiter_innen zu halten. Unter den über 60-Jährigen waren vor Ausbruch der Corona-Pandemie nur 3,6 Prozent arbeitslos. Von den Gewerkschaften wird aber darauf hingewiesen, dass es für ältere Arbeitssuchende in den letzten Jahren zunehmend schwerer geworden ist eine neue Beschäftigung zu finden, was insgesamt zu schwindender Zustimmung für das »Flexicurity«-System führen könne.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Wie für das Nordische Modell des Wohlfahrtsstaates charakteristisch, wurden die Gewerkschaften entsprechend der in Dänemark traditionell starken Sozialpartnerschaft gemeinsam mit den Arbeitgebern von der Regierung bei der Bewältigung der Corona-Pandemie eingebunden. Gemeinsam wurde Mitte März 2020 ein Stützpaket in Höhe von 2,6 Milliarden DKK (350 Milliarden Euro) erarbeitet, das von der Regierung daraufhin verabschiedet wurde. Kern des Stützpaketes ist es, durch ein Gehaltentschädigungssystem Entlassungen in der gegenwärtigen Krise zu vermeiden. Es beinhaltete zunächst, dass für Beschäftigte von Unternehmen, die vor der Situation stehen mindestens 30 Prozent oder 50 ihrer Angestellten zu entlassen, die Löhne zu 70 Prozent bei Festangestellten sowie 90 Prozent bei Zeitarbeiter_innen vom Staat bezahlt werden. Ende des März wurde zudem ergänzend vereinbart, dass für Angestellte die Gehaltsentschädigung von 23 000 DKK (3 085 Euro) auf 30 000 DKK (4 025 Euro) angehoben. Für Zeitarbeiter_innen wurde die Obergrenze von 26 000 DKK (3 500 Euro) auf ebenfalls 30 000 DKK (4 025 Euro) angehoben. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 11 000 Unternehmen einem Lohnausgleich im Rahmen des ursprünglichen Systems beantragt. Es wird davon ausgegangen, dass das System die Staatskasse fünf Milliarden DKK (670 Millionen Euro) kosten wird.

Bereits zuvor, im Februar 2020, hatten sich der Gewerkschaftsverband der Industriearbeiter, CO-Industrie, und der Branchenverband Dansk Industri darauf verständigt die Elternzeit auf 16 Monate bei vollem Lohn auszuweiten, dass Lehrlinge bereits ab dem 18. Lebensjahr Rentenansprüche erwerben, dass Arbeitnehmenden einen zusätzlichen freien Tag bekommen, sofern ein Kind länger als einen Tag krank ist, sowie dass der Mindestlohn in den kommenden drei Jahren schrittweise von gegenwärtig 119,65 DKK (16 Euro) auf 127,15 DKK (17 Euro) steigt. Hiervon sind rund 230 000 Beschäftigte in 6 000 Betrieben betroffen.

Ungeachtet der Corona-Pandemie haben sich der Gewerkschaftsbund FH und der Arbeitgeberverband DA Ende März 2020 zudem auf die Rahmenbedingungen für neue Tarifab-

schlüsse für mehr als 600 000 Angestellte in der Privatwirtschaft geeinigt. Die sogenannte Schlichtungsskizze beinhaltet u. a. deutliche Lohnsteigerungen für die Angestellten, mehr Flexibilität und bessere Möglichkeiten für Elternzeit Zuhause. Die Schlichtungsskizze ist eine Zusammenfassung aller zuvor zustande gekommenen Tarifabschlüsse in den verschiedenen Branchen des privaten Arbeitsmarktes. Sie soll nun als Grundlage für die Tarifabschlüsse in jenen Branchen genutzt werden, in denen keine Einigung erzielt wurde. Sieben Prozent der Angestellten arbeiten in solchen Branchen. Von den Arbeitgebern wurde betont, dass es gerade aufgrund der Corona-Pandemie besonders wichtig sei, dass die Unternehmen Planungssicherheit hätten.

Die von der sozialdemokratischen Regierung verfolgte ambitionierte Klima- und Umweltpolitik wird von den Gewerkschaften klar unterstützt. Neben dem dringenden Gebot den Klimawandel zu stoppen, betrachten die Gewerkschaften den Übergang in eine emissionsarme Wirtschaft und Gesellschaft als Voraussetzung dafür, auch in Zukunft einen sozial inkludierenden Wohlfahrtsstaat finanzieren zu können. Hierzu sei es nötig, mittels Technologie- und Kompetenzentwicklung die dänische Wirtschaft zu modernisieren und neue Exportmärkte zu erschließen. Um das von der Regierung ausgegebene Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 70 Prozent gegenüber dem Vergleichswert von 1990 zu reduzieren, erreichen zu können, ist nach Ansicht des Gewerkschaftsverbandes Fagbevægelsens Hovedorganisation (FH) jedoch eine bessere Koordination der einzelnen Initiativen notwendig. Im Mai 2020 legte FH deshalb einen Strategiewurf für eine umfassende klimagerechte Umgestaltung der dänischen Wirtschaft vor (»Green Transition Together«). Neben umfangreichen öffentlichen Investitionen in neue Technologien und Infrastruktur sei es für das Gelingen zudem notwendig, dass die aus der Umgestaltung resultierenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch das soziale Sicherungssystem abgesichert werden. Des Weiteren sei wichtig, dass der Umbau in Kooperation mit der Wirtschaft erfolgt, um die Abwanderung von klimaschädlicher Industrie zu verhindern (»carbon leakage«), als auch vor allem gemeinsam neue global nachgefragte Produkte für den Export zu schaffen. Als hochentwickelte Industrienation müsse Dänemark die Funktion eines Pioniers einnehmen. So könne es gelingen, nicht nur die Klimaziele zu erreichen, sondern auch zur wirtschaftlichen Erholung nach dem Ende der Corona-Pandemie beizutragen.

Ungeachtet der mit von Corona-Pandemie und dem Klimawandel verursachten Herausforderungen, stellt bereits seit längerem vor allem das Anliegen der EU-Kommission, auf EU-Ebene einen Mindestlohn einzuführen, eine Herausforderung für die dänischen Gewerkschaften dar. Da das »dänische Modell« keine rechtlichen Regelungen vorsieht, sondern die Lohnfindung den Sozialpartnern obliegt, befürchten die Gewerkschaften, dass entgegen der Absicht der EU-Kommission Standards und Löhne zu verbessern, dies in Dänemark zu einer Verschlechterung der Löhne und zur Aushöhlung des dänischen Modells der Sozialpartnerschaft führen könne. In ihrer ablehnenden Haltung sehen die Gewerkschaften die sozialdemokratische Regierung fest an ihrer Sei-

te. Im Rahmen der Beratungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stellte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen im Mai 2021 auf dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Portugal fest, dass Dänemark wie auch Schweden der Einführung eines gesetzlich regulierten Mindestlohns ablehnend gegenüberstehe. Dänemark unterstützt laut Frederiksen die Zusammenarbeit bei sozialen Fragen auf EU-Ebene, Arbeitsmarktpolitik habe aber auf nationaler Ebene zu verbleiben.

GEWERKSCHAFTEN IN DÄNEMARK – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Auch wenn die dänischen Gewerkschaften immer noch ein gewichtiger gesellschaftspolitischer Akteur sind, so ist ihr Einfluss gegenüber den 1980er Jahren, als sie durch ihre Nähe zu den bis dahin ununterbrochen regierenden Sozialdemokraten die Gesetzgebung weitgehend mitgestalteten, deutlich zurückgegangen. Neben der Regierungsübernahme durch bürgerliche Parteien, liegt der geringere Einfluss auch an einem deutlichen Mitgliederschwund, der infolge der von der liberal-konservativen Venstre-Regierung von Ministerpräsident Fogh-Rasmussen durchgeführten tiefgreifenden Änderung des Arbeitslosenversicherungssystems 2002 einsetzte. Wie auch in Schweden und den Niederlanden – nach Letzterem wird das System auch als Genter-System bezeichnet – werden die Arbeitslosenkassen in Dänemark traditionell nicht vom Staat verwaltet, sondern von den Gewerkschaften. Um die Arbeitskosten zu senken und mehr Flexibilität zu schaffen, wurde von Venstre im Geiste die Monopolstellung – und somit Machtbasis – der Gewerkschaften angegriffen. Um diese aufzubrechen, schuf die liberal-konservative Regierung die Verpflichtung ab, dass alle Arbeitnehmenden Mitglied in einer der nach Berufsgruppen organisierten und gewerkschaftlich verwalteten Arbeitslosenversicherungen zu sein hatten. Hierdurch entstand ein privater Markt für Arbeitslosenversicherungen, die infolge von berufsübergreifenden Fonds angeboten wurden. Während zuvor die doppelte Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sowie in der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosenversicherung die Regel war, konnten sich die Arbeitnehmenden nun auch ohne Gewerkschaftszugehörigkeit in einer der neu entstandenen Arbeitslosenversicherungen versichern. Zudem führte die Reform zur Entstehung von alternativen – sogenannten »gelben« – Gewerkschaften, die häufig arbeitgeberfreundlich sind. Gegenüber den traditionellen Gewerkschaften können die »Gelben« Arbeitslosenversicherungen zu einem deutlich niedrigeren Preis anbieten, da sie keine finanziellen Mittel für Kollektivverhandlungen, Arbeitskämpfe etc. benötigen. Die Konkurrenz durch die »gelben« Gewerkschaften führte zu einem Mitgliederschwund bei vor allem den LO-nahen Gewerkschaften, welcher durch den Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft noch verstärkt wurde. Zwischen 2009 und 2019 ist der Anteil der Beschäftigten im Industriesektor von 20,29 Prozent auf 18,47 Prozent gesunken, während der Anteil im Sektorservice von 77,12 Prozent auf 79,35 Prozent stieg. Wenn auch ein allgemeiner sektorübergreifender Mit-

gliederschwund zu beobachten ist, so ist er im Dienstleistungssektor jedoch besonders stark. Zudem zeigen Studien, dass ungelernete und jüngere Arbeitnehmer_innen eine Mitgliedschaft weitgehend ablehnen.

Während der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den 1980er Jahren noch bei rund 80 Prozent lag, so ist er bis 2018 auf 66,5 Prozent gesunken. Im Jahr 2000 entfielen noch 62,4 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder auf LO-nahe Gewerkschaften, 2015 waren es nur noch 46,7 Prozent. Gleichzeitig wuchsen die »gelben« Gewerkschaften von 3,6 Prozent in 2000 auf 14 Prozent in 2015. Seit dem Jahr 2000 verlor LO bis heute rund 300000 Mitglieder, was mehr als einem Viertel der ursprünglichen Mitgliedschaft entspricht. Die Mitgliederzahl der »gelben« Gewerkschaften hat sich im gleichen Zeitraum fast vervierfacht, von 68000 im Jahr 2000 auf 253000 in 2015. Rechnet man die »gelben« Gewerkschaften aus der Gewerkschaftsbewegung heraus, waren im Jahre 2015 nur noch 58,2 Prozent der Beschäftigten in Dänemark Mitglied einer Gewerkschaft. Da die preisgünstigeren Angebote der »Gelben« bei den dänischen Arbeitnehmenden durchaus beliebt sind, erscheint eine Umkehr des Mitgliederschwundes unwahrscheinlich. Noch hat der Mitgliederschwund keine gravierenden Auswirkungen auf die Tarifabdeckung, aber dieses Risiko besteht bei einem weiteren Rückgang. Durch die 2019 vollzogene Fusion der Dachgewerkschaften LO und FTF zum neuen Dachverband Fagbevægelsens Hovedorganisation (FH) versuchen die Gewerkschaft Einfluss und somit Attraktivität rückzugewinnen. Des Weiteren wird zu beobachten bleiben, wie sich das Verhältnis der traditionellen Gewerkschaften zu den dänischen Sozialdemokraten entwickelt. Unter der vorherigen sozialdemokratischen Regierung von Helle Thorning-Schmidt (2011–2015) war es aufgrund der Beschneidung von Frühpensionen und der Verschärfung von Arbeitsverpflichtungen für Sozialhilfeempfänger_innen zu einer deutlichen Entfremdung gekommen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaftslandschaft Dänemarks ist von zwei Dachverbänden geprägt, denen sich die Mehrheit der Einzelgewerkschaften angeschlossen hat. Die Gewerkschaften sind teilweise nach Berufsgruppen, Branchen und Sektoren organisiert. Die Gewerkschaftslandschaft verändert sich regelmäßig durch Zusammenschlüsse von Einzel- und Dachgewerkschaften. Im Jahr 2005 schlossen sich die SiD (Gewerkschaft der allgemeinen Arbeitnehmer_innen) und die KAD (Gewerkschaft der weiblichen Arbeitnehmer_innen) zu 3F zusammen und im Jahr 2010 trat die TIB (Facharbeiter im Bau- und Fertigungsweisen) 3F bei. Die jüngste und umfangreichste Veränderung der Gewerkschaftslandschaft fand am 1. Januar 2019 statt, als die Dachgewerkschaften Landsorganisationen i Danmark (LO) und Funktionærernes og Tjenestemændenes Fællesråd (FTF) zum neuen Dachverband Fagbevægelsens Hovedorganisation (FH) fusionierten. FH vertritt Arbeitnehmer_innen in allen Berufsfeldern, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. Die Fusion von LO und FTF war maßgeblich eine Reaktion auf den seit Anfang der 2000er Jahren anhaltenden Mitglie-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Dänemark

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Fagbevægelsens Hovedorganisation FH (Dänischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Lizette Risgaard Stv. Vorsitz: Bente Sorgenfrey	1 400 000	IGB, EGB, NFS (Nordischer Gewerkschaftsrat)
Akademikerne AC (Dänischer Berufsverband)	Vorsitz: Lars Qvistgaard Stv. Vorsitz: Camilla Gregersen	313 000	IGB, EGB, NFS, EUROCADRES

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Dänemark

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Fagligt Fælles Forbund, 3F (Vereinigte Föderation dänischer Arbeiter)	FH	Vorsitz: Per Christensen Stv. Vorsitz: Tina Christensen	226 271	EPSU, PSI
HK Danmark [vormals: Handels- og Kontorfunktionærernes Forbund] (Verband der Handels- und Büroangestellten)	FH	Vorsitz: Kim Simonsen Stv. Vorsitz: Martin Rasmussen	179 262	EPSU, PSI (teilweise)
Forbundet af Offentligt Ansatte, FOA (Dänische Union der öffentlichen Angestellten)	FH	Vorsitz: Mona Striib Stv. Vorsitz: Thomas Enghausen	153 985	EPSU, PSI
Dansk Metal (Dänische Union der Metallarbeiter)	FH	Vorsitz: Claus Jensen Stv. Vorsitz: René Nielsen	72 399	EPSU, PSI
Danmarks Lærerforening, DLF (Dänischer Lehrerverband)	FH	Vorsitz: Anders Bondo Christensen Stv. Vorsitz: Dorte Lange	58 179	ETUCE, EI, NLS
Djøf [vormals: Danmarks Jurist- og Økonomforbund] (Dänischer Verband der Anwälte und Wirtschaftswissenschaftler)	AC	Vorsitz: Henning Thiesen Stv. Vorsitz: Henrik Funder und Sara Vergo	95 157	EPSU
Dansk Magisterforening, DM (Dänische Vereinigung der Akademiker mit Master- und Doktorabschlüssen)	AC	Vorsitz: Camilla Gregersen Stv. Vorsitz: Thomas Vils Pedersen	54 461	

Tabelle 3
»Gelbe« Gewerkschaften in Dänemark

Branchenverband / Gewerkschaft	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder
Business Danmark	Vorsitz: Jens Neustrup Simonsen Stv. Vorsitz: Jan Ahlers Hansen	27 000
Danmarks Frie Fagforening (Dänischer Freihandelsverband)	Vorsitz: Jørgen Mikkelsen Stv. Vorsitz: Michael Juul Pedersen	keine Information
Kristelig Fagforening, KRIFA (Christliche Gewerkschaft)	Vorsitz: Søren Fibiger Olesen	190 000
Det Faglige Hus (Das Gewerkschaftshaus)	Vorsitz: Johnny Nim	140 000
Frie Funktionærer FF (Freelancers)		15 000

derschwund und die zunehmende Konkurrenz der »gelben« Gewerkschaften. Mit 79 Mitgliedsorganisationen und 1,4 Mio. Mitgliedern ist FH der größte dänische Dachverband. Vorsitzende ist die frühere LO-Vorsitzende Lizette Risgaard, stellvertretende Vorsitzende wurde die frühere FTF-Vorsitzende Bente Sorgenfrey.

Der zweitgrößte Dachverband Akademikerne (AC), die Hauptorganisation für akademische Berufe, entschied sich gegen einen Zusammenschluss mit den anderen beiden Gewerkschaftsverbänden. Der Verband entstand 1972 aus der Fusion des Ausschusses für akademische Zusammenarbeit, der Tarifpersonal repräsentierte, und einer Interessensorganisation von Beamten_innen der dänischen Regierung. In 2013 verkürzte der Verband seinen Namen von vormalig Zentralorganisation für Akademiker (AC) zu Akademikerne, wobei die Abkürzung AC beibehalten wurde. AC vertritt heute über seine 28 Organisationen rund 393 000 Arbeitnehmende mit langer Hochschulbildung.

Wie auch in anderen europäischen Ländern existieren in Dänemark neben den traditionellen »roten« Gewerkschaften auch eine Reihe alternativer – sogenannter »gelben« – Gewerkschaften. In Abgrenzung zu den der Sozialdemokratie nahestehenden »roten« Gewerkschaften bezeichnen sich die »gelben« Gewerkschaften als politisch unabhängig. Seit der Einführung von berufsübergreifenden Arbeitslosenversicherungsbeiträgen 2002 durch die liberal-konservative Regierung Fogh-Rasmussen sowie im Zuge der Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Gewerkschaftsbeiträgen auf 3 000 DKK (402 Euro) in 2011 haben sich die »gelben« Gewerkschaften in Dänemark fest etabliert. Bisher haben die »Gelben« jedoch keine Gestaltungsmacht, da sie weder an Tarifverhandlungen beteiligt, noch in den drittelparitätisch besetzten nationalen und regionalen Arbeitsbehörden vertreten sind, über die die »roten« Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitgebern und der Regierung die Arbeitsmarktpolitik gestalten.

Der Gesamtorganisationsgrad betrug 2018 in Dänemark 66,5 Prozent. Der Organisationsgrad im privaten Sektor lag bei 62 Prozent, im öffentlichen Sektor waren 78 Prozent der Arbeitnehmenden Mitglied in einer Gewerkschaft. Seit den 1990er Jahren liegt der Organisationsgrad weiblicher Arbeitnehmerinnen konstant höher als der ihrer männlichen Kollegen. In 2014 waren 70,6 Prozent der Frauen gewerkschaftlich organisiert, bei den Männern waren es 63,8 Prozent. Mitarbeitende kleiner Unternehmen (≤ 10) waren 2016 mit 57,9 Prozent deutlich seltener Mitglied in einer Gewerkschaft als Mitarbeitende mittelgroßer (11–99, 67,2 Prozent) und großer (≥ 100 , 69,7 Prozent) Unternehmen. Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften variiert außerdem über die verschiedenen Sektoren hinweg: In 2016 war der Landwirtschaftssektor mit einer Organisationsdichte von 41,6 Prozent am wenigsten organisiert, während der Fertigungssektor mit 77,0 Prozent den höchsten Organisationsgrad aufwies. Dicht dahinter folgt die Industrie mit 75,8 Prozent. Während der Organisationsgrad der Arbeitnehmenden im Industriesektor von 99,1 Prozent in 1985 auf 82,6 Prozent in 1994 stark abnahm, hat sich dieser Trend seitdem jedoch deutlich verlangsamt. Im Dienstleis-

tungssektor sind 65,6 Prozent der Arbeitnehmenden in einer Gewerkschaft organisiert. Es besteht eine deutliche Korrelation zwischen Bildungsgrad und der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft: Während 2014 50 Prozent der Beschäftigten mit primärem Bildungsabschluss gewerkschaftlich organisiert waren, waren 72 Prozent der Beschäftigten mit sekundärem Abschluss und 80,2 Prozent mit tertiärem also Hochschulabschluss Gewerkschaftsmitglied.

Die dänischen Gewerkschaften und Dachverbände sind auf der nordischen, europäischen und internationalen Ebene stark vernetzt und sehr präsent. Die beiden Dachverbände FH und AC und ihre Einzelgewerkschaften sind Mitglied von IGB und EGB sowie dem nordischen Dachverband NFS. AC ist darüber hinaus Mitglied bei EUROCADRES, dem Rat der europäischen Fach- und Führungskräfte, der als europäischer Sozialpartner anerkannt ist, und bei TUAC, dem Gewerkschaftsbeirat der OECD.

Die Einzelgewerkschaften 3F, FOA und Dansk Metal sind Mitglied bei der Europäischen Föderation der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (EPSU), HK Danmark ist mit den Sektorengewerkschaften HK/Stat und HK/Kommunal ebenfalls Mitglied.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Arbeit der Gewerkschaften ist in Dänemark nicht rechtlich geregelt und verfügt infolgedessen weder über einen signifikanten spezifischen Schutz, noch wird sie eingeschränkt. Das politische Gewicht der Gewerkschaften resultiert daraus, dass das Arbeitsrecht auf ein Minimum reduziert ist und den Sozialpartnern – nicht der Regierung – die Aufgabe zukommt, die Belange der Arbeitswelt zu regeln. Dem Dialog der Sozialpartner sowie die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, wie z. B. Streik, Solidaritätsstreik, Lock-Out, wird sehr viel Freiraum eingeräumt. Ziel ist es, möglichst konsens- und bedürfnisorientierte Vereinbarungen zu schließen, die in beiderseitigem Verständnis und breiten Rückhalt umgesetzt werden. Nichtsdestotrotz sind die Beziehungen nicht immer konfliktfrei. In 2018 gab es im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen 148 Streiks und Aussperrungen, an denen 7 300 Arbeitnehmende beteiligt waren.

Dänemark hat die acht Kernübereinkommen sowie die vier Governance-Konventionen der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) unterschrieben. Insgesamt sind 73 Konventionen und zwei Protokolle ratifiziert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Den Gewerkschaften kommt bei der Gestaltung des dänischen Arbeitsmarktmodells, das auf einer 100-jährigen Tradition des sozialen Dialogs aufbaut, eine äußerst wichtige Rolle zu. Das oft als »dänisches Modell« bezeichnete Arbeitsmarktmodell basiert auf Freiwilligkeit und ist nur in sehr geringem Umfang gesetzlich geregelt. Stattdessen handelt es sich um einen fortlaufenden Prozess, bei dem die Gewerkschaften

und die Arbeitgeber mit der Regierung formal und informell auf allen Ebenen zusammenarbeiten.

Aufgrund des Fehlens gesetzlicher Vorschriften kommt den dänischen Gewerkschaften eine Vielzahl von Aufgabengebieten zu: Verhandlungen der Arbeitsbedingungen, deren Umsetzung am Arbeitsplatz und die Auslegung von Vereinbarungen sowie die Sanktionierung von Verstößen durch das Arbeitsgerichtssystem. Diese kollektive Vertretung wird von zusätzlichen individuellen Dienstleistungen für Mitglieder flankiert, darunter Rechtsberatung und -vertretung, Karriereentwicklung, Bildung und Mitgliedsleistungen. Darüber hinaus fördern die Gewerkschaften die politischen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Regierung auf kommunaler und nationaler Ebene. Über ihre Mitarbeit in den drittelparitätisch besetzten nationalen Arbeitsbehörde für aktive Arbeitsmarktpolitik (AMS), dem Landesarbeitsrat (LAR) und den 14 regionalen Arbeitsbehörden, sind die Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitgebern und der Regierung einflussreich an der Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik beteiligt. Zudem werden von den Gewerkschaften traditionell die Arbeitslosenkassen verwaltet. Die Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenversicherung ist im dänischen System der sozialen Sicherung freiwillig.

Die mit Abstand wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist die kollektive Vertretung bei Tarifverhandlungen und die Umsetzung von Tarifverträgen. Auch in Dänemark schlägt sich der allgemeine Trend zur Dezentralisierung der Tarifverhandlungen nieder. Hier werden Beschäftigungsbedingungen seit den 1980er Jahren vornehmlich auf Branchen- und Unternehmensebene ausgehandelt. Das Tarifverhandlungssystem zeichnet sich durch eine mehrstufige Regulierung und eine zentral gesteuerte Dezentralisierung aus, eine »zentralisierte Dezentralisierung«: Auf nationaler Ebene verhandeln DA (Dansk Arbejdsgiverforening; Dänische Arbeitgebervereinigung) und FH einen Grundvertrag (Hovedaftalen) und einen Kooperationsvertrag (Samarbejdsaftalen), die eine längere Gültigkeitsdauer haben als die Tarifverträge auf Branchenebene und den Rahmen für diese bilden, indem sie grundlegende Verfahrensregeln festlegen – einschließlich des Rechts auf Organisation, einer Friedensverpflichtung, der Zusammenarbeit am Arbeitsplatz oder des Umgangs mit ungerechtfertigten Entlassungen. Die Branchenvereinbarungen werden wiederum als umfassender Rahmen verwendet, der auf Unternehmensebene umgesetzt wird.

Im Rahmen dieser Sozialpartnerschaft werden nicht nur Löhne und Tarife, sondern auch Arbeitsbedingungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt. Die Tarifabdeckung in Dänemark beträgt seit 2014 82 Prozent. Tarifverträge gelten nicht nur für die in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmenden, sondern für alle Beschäftigten in den von Tarifverträgen abgedeckten Sektoren. Auch wenn man derzeit noch weit davon entfernt ist, so besteht jedoch die Gefahr, dass der Mitgliederschwund bei den »roten« Gewerkschaften langfristig ihre Legitimation bei den Tarifverhandlungen untergräbt. Während die »gelben« Gewerkschaften günstigere Mitgliedsbeiträge anbieten können und als »Trittbrettfahrer« von den Erfolgen ihrer Konkurrenten

profitieren, müssen die »roten« Gewerkschaften Verhandlungserfolge und spezifische Angebote für ein zunehmend breiteres Mitgliederspektrum anbieten. Gewerkschaften und Dachverbände in Dänemark müssen sich – ähnlich wie in anderen Industrienationen – auf Arbeitnehmende einstellen, die zunehmend hochqualifiziert und sektoral verstreut sind.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Gewerkschaften spielen in Dänemark trotz sinkender Mitgliederzahlen nach wie vor eine große Rolle in der Gestaltung von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Für Angestellte im öffentlichen Sektor konnten beispielsweise Mitte 2018 bedeutende Zugeständnisse auf regionaler, kommunaler und schließlich nationaler Ebene erzielt werden. Ein wichtiges Element der neuen Vereinbarungen ist die Verpflichtung, die Lohnentwicklung im Einklang mit dem Privatsektor sicherzustellen. Dadurch wird eine Regelung ersetzt, die dem öffentlichen Sektor nur einen Teil des Wertzuwachses des privaten Sektors garantierte.

In Umfragen von YouGov aus dem Jahr 2018 betrachteten 68 Prozent der Befragten Gewerkschaften als notwendig für sichere gute Lohn- und Arbeitsbeziehungen. 67 Prozent glaubten, dass Gewerkschaften einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des dänischen Arbeitsmodells haben und 65 Prozent sind davon überzeugt, dass es bei Gewerkschaften um Solidarität und Einheit innerhalb der Branchen geht. 55 Prozent sagten aber auch, dass Gewerkschaften zu teuer seien. Am bekanntesten sind die Gewerkschaften HK und 3F, während der Ingenieurverband und der dänische Pflegerat in der Kategorie »Positiver Ruf« am besten abschneiden. Die beiden »gelben« Gewerkschaften Kristelig Fagforening und das Det Faglige Hus haben den schlechtesten Ruf unter den Dänen.

Ein Großteil der dänischen Gewerkschaften stand traditionell der sozialdemokratischen Partei sehr nahe. Der frühere Dachverband LO hatte lange Zeit enge Verbindungen zu den Sozialdemokraten, beendete aber bereits in den 1990er Jahren seine wirtschaftlichen Beziehungen zu der Partei. Um die Fusion mit FTF, die sich als von den Sozialdemokraten distanziert gründete, zu ermöglichen, wurden 2003 schließlich auch die letzten Verbindungen gelöst. Der aus der Fusion hervorgegangene neue Dachverband FH nimmt LOs Platz bei SAMAK (Gemeinsamer Ausschuss der nordischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung) ein, richtet sich aber politisch unabhängig aus und hält die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Parteien und politischen Kräften damit offen.

Die bedeutende Rolle der Gewerkschaften als unverzichtbarer und wertvoller Partner im dänischen Sozialpartnerschaftsmodell wird von niemanden in Frage gestellt. Vielmehr ist im Zuge der Bewältigung der sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie noch einmal der Wert einer funktionierenden Sozialpartnerschaft für alle sichtbar geworden. So sind die Gewerkschaften auch selbstredend in das von der Regierung geschaffene Forum für Exporte berufen worden,

das die Wiederbelebung der für die dänische Wirtschaft lebensnotwendigen Exporte zur Aufgabe hat. Darüber hinaus werden die Gewerkschaften als wichtiger und kompetenter Partner bei dem von der sozialdemokratischen Regierung verfolgten Übergang in eine emissionsarme Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet.

Dr. Philipp Fink, Leiter des Büros der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

Eike Meyer, Wiss. Mitarbeiter im Büro der FES für die Nordischen Länder, Stockholm

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.